

**WIRTSCHAFTSKAMMER**

ÖSTERREICH

An das
Präsidium des
Nationalrates
Parlament
Dr. Karl Renner-Ring
1010 Wien

BEMIT GESETZENTWURF	
Zl. 2	-GE/19 84
Datum: 21. FEB. 1994	
Verteilt 22.2.94 Ma	

St. Jannowitz

Bundeskammer
der gewerblichen Wirtschaft
Tel. DW 4283, FAX-DW 258

Wiedner Hauptstraße 63
A-1045 Wien
Telefon 0222/50105-0
Telefax 0222/50206-250

Unser Zeichen
Wp 285/Dr. Rie/Schi
Wien, am 10.2.1994

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Bundes-
ämter für Landwirtschaft und die landwirtschaft-
lichen Bundesanstalten und mit dem das Bundes-
gesetz über wasserwirtschaftliche Bundesanstalten
geändert wird

Dem Ersuchen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft
entsprechend gestattet sich die Wirtschaftskammer Österreich, dem
Präsidium des Nationalrates 25 Ausfertigungen ihrer Stellungnahme
zum oben genannten Gesetzesentwurf mit der Bitte um gefällige
Kenntnisnahme zu übermitteln.

WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

Für den Generalsekretär:

25 Beilagen



Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft
Stubenring 1
1010 Wien

Bundeskammer
der gewerblichen Wirtschaft
Tel. DW 4283, FAX-DW 258

Wiedner Hauptstraße 63

A-1045 Wien

Telefon 0222/50105-0

Telefax 0222/50206-250

Ihre Nachricht
Zl. 11.030/02-I 1/93
vom 23.12.1993
Unser Zeichen
Wp 285/Dr.Rie/Schi
Wien, am 10.2.1994

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Bundes-
ämter für Landwirtschaft und die landwirtschaft-
lichen Bundesanstalten und mit dem das Bundes-
gesetz über wasserwirtschaftliche Bundesanstalten
geändert wird

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat mit Schreiben vom 23.12.1993, Zl. 11.030/02-I 1/93, den Entwurf des oben genannten Bundesgesetzes zur Begutachtung ausgesandt. Die Bundeswirtschaftskammer gestattet sich, dazu wie folgt Stellung zu nehmen:

Grundsätzlich ist festzustellen, daß die vorliegende Gesetzesmaterie für viele Bereiche der gewerblichen Wirtschaft von Bedeutung ist, weil Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsaufgaben vor allem im Rahmen der EU immer größere Bedeutung erlangen. Aus diesem Grunde sind österreichische Einrichtungen, welche die Voraussetzungen (Akkreditierung) für diese Aufgaben erfüllen, für viele Branchen absolut notwendig, da ansonsten notwendige Prüfungen bzw. Zertifizierungen im Ausland durchgeführt werden müßten.

Zum vorgelegten Gesetzesentwurf ist zu bemerken, daß dieser ein compositum mixtum retten möchte, das möglicherweise bereits bisher in diesem Bereich bestand.

- 2 -

Einerseits sollen nunmehr die neu einzurichtenden Bundesämter und die Bundesanstalten als Behörde fungieren und hoheitliche Aufgaben wahrnehmen. Andererseits sollen sie privatwirtschaftliche Aufgaben, z.B. als Prüfstellen, übertragen bekommen und auch die Befugnis erhalten, Zeugnisse auszustellen. Gemäß § 7 Abs.3 sind derartige Zeugnisse öffentliche Urkunden, ohne Rücksicht darauf, welcher Bereich von diesen Zeugnissen erfaßt wird.

Im besonderen Teil der Erläuterungen wird ausgeführt, daß das vorliegende Gesetz ein Behördenorganisationsgesetz, also eine Organisationshülle, darstellt. Es ermöglicht den Bundesämtern für Landwirtschaft grundsätzlich, behördlich tätig zu werden. In den anderen Bereichen handeln sie für den Bund als Träger von Privatrechten im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung.

Im Rahmen der privatwirtschaftlichen Tätigkeit kommt den Bestimmungen des Akkreditierungsgesetzes - AkkG - in Hinkunft erhöhte Bedeutung zu, weil nur akkreditierte Zertifizierungsstellen berechtigt sind, die Konformität mit einschlägigen Rechtsvorschriften, Normen und anderen normativen Dokumenten zu bescheinigen.

Die Wirtschaftskammer vermißt in diesem Zusammenhang jeden Hinweis auf das Akkreditierungsgesetz bzw. die Absicht, die im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft besteht, einen dem Akkreditierungsgesetz entsprechenden Status für die einzelnen Ämter bzw. Anstalten zu erreichen.

Auch andere Fragen stellen sich im Zusammenhang mit dem vorgelegten Gesetzesentwurf:

1. Prüftätigkeit als hoheitliche Aufgabe

Das Prüfen von Waren, Dienstleistungen oder Personen ist nicht eine Aufgabe, die dem hoheitlichen Bereich zugeordnet ist.

Selbst in der "lex Exner" aus dem Jahre 1910 (RGBl. 185) ist

die Prüfungstätigkeit nicht den staatlichen Prüfinstituten vorbehalten worden. Es ist daher nicht einsichtig, warum auf einem bestimmten Sektor unbedingt die Prüfungstätigkeit dem Staate als Unternehmer vorbehalten werden sollte.

Bei einer Prüfung wird ein Tatbestand auf seine Übereinstimmung mit bestimmten Vorgaben mittels Meßgeräten oder Meßverfahren in möglichst reproduzierbarer Weise verglichen und die faktischen Verhältnisse dargestellt. Das Ergebnis ist ein Prüfbefund, dem sich eine weitere Schlußfolgerung durch eine sachverständige Person anschließen kann, dem sogenannten "Gutachten". Dies ist nicht der Rechtskraft fähig und kann anlässlich einer weiteren Prüfung widerlegt werden. Diese Prüfleistungen können daher in marktwirtschaftlich orientierten Staatssystemen ausschließlich oder überwiegend von privaten Personen (z.B. Prüfvereinen wie dem TÜV) erbracht werden. Der vorgelegte Entwurf erweckt den Eindruck, daß eine Prüftätigkeit außerhalb der angeführten Anstalten nicht zulässig sei, was eine unzulässige Einschränkung der Erwerbstätigkeit darstellt.

2. Unabhängigkeit der Prüfstellen

Sowohl nach dem österreichischen Akkreditierungsgesetz (BGBl. 1992/468) als auch nach dem EU-Konzept werden Prüfzeugnisse im EWR-Bereich nur dann akzeptiert, wenn die Prüfstellen unabhängig sind und nicht mit anderen Aufgaben (z.B. Planung oder Herstellung) beauftragt sind. Im vorliegenden Fall wären sie nicht nur nicht unabhängig von ihren behördlichen Aufgaben, sondern auch noch weisungsgebunden. Aus diesem Grund könnte bei diesen Prüfstellen nicht von eigenständigen Stellen gesprochen werden, wie sie z.B. auch durch das Akkreditierungsgesetz gefordert werden.

- 4 -

Die Anerkennung der Prüfzeugnisse dieser Anstalten im Ausland wäre daher nicht gegeben, weshalb diese Konstruktion als nicht zielführend abgelehnt werden muß.

Die Unabhängigkeit einer Prüfstelle wird insbesondere durch § 7 Abs.4 eingeengt, wonach sie z.B. sowohl auf die Erfordernisse der Landwirtschaft als auch des Ernährungswesens Bedacht zu nehmen hat, was einander widersprechende Vorgaben darstellen.

3. Prüfkosten

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit und rechtliche Selbständigkeit, die im Prüfwesen gefordert wird, dient auch der korrekten Berechnung der Prüfungskosten. Durch den vorliegenden Entwurf wäre überhaupt nicht nachvollziehbar, welche Kosten der Prüfstelle zuzuzählen wären. Außerdem wären die Investitionen für die Prüfeinrichtungen anderen Maßstäben, als in vergleichbaren ausländischen Prüfstellen unterworfen, wodurch die Preise für die einzelne Prüfung nicht nach privatwirtschaftlichen Methoden ermittelt werden müßten. Bei zu geringen Prüfpreisen würden ausländische Prüfaufträge angelockt, die Differenz müßte allerdings vom Steuerzahler beglichen werden. Bei überhöhten Prüfpreisen würden ausländische Prüfstellen bevorzugt und die Stehkosten der Prüfanstalten müßten vom öffentlichen Haushalt abgedeckt werden. Beides wäre nachdrücklich abzulehnen.

4. Befugniserteilung

Das Akkreditierungsgesetz sieht bestimmte Grundanforderungen an die Einrichtung, Ausstattung, personelle Qualifikation, Organisation und Qualitätsüberwachung von Prüfanstalten vor. Sind alle diese Voraussetzungen durch einen Sachverständigen

überprüft und für in Ordnung befunden worden, kann die akkreditierende Stelle (Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten bzw. Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft) dem Befugniswerber die auf fünf Jahre befristete Befugnis erteilen.

Der vorliegende Entwurf sieht eine ex lege Berechtigung vor, unabhängig z.B. von der Ausstattung oder der Qualifikation des Personals, was weder den Grundsätzen des Akkreditierungsgesetzes noch den europäischen Anforderungen an Prüfanstalten entspricht.

5. Qualifikation der Prüfzeugnisse

§ 7 Abs.3 des vorliegenden Gesetzesentwurfes legt fest, daß den Zeugnissen der Prüfanstalten, sofern sie im privatwirtschaftlichen Bereich tätig sind, öffentliche Wirkung zuerkannt wird (öffentliche Urkunden). Diese Wirkung hat nur für Österreich Geltung und kann die Chance auf Anerkennung im EU-Bereich nicht verbessern, soferne die Grundsätze für Prüfanstalten unbeachtet bleiben.

6. Ausschluß ausländischer Prüfinstitute

Im vorliegenden Entwurf findet sich keine diesbezügliche Bestimmung, wonach im landwirtschaftlichen Prüfbereich nur die im Entwurf aufgezählten Prüfanstalten mit den entsprechenden Aufgaben beauftragt werden dürften. Aus dem Begriff "Wirkungsbereich" kann nur die sachliche Zuständigkeit für behördliche Aufgaben abgeleitet werden, nicht jedoch der Aufgabenbereich als Träger von Privatrechten.

Sollte jedoch in den Materiengesetzen ein Ausschluß des Anbie-

- 6 -

tens von Prüfleistungen durch Prüfinstitute aus dem EU- oder EWR-Raum bestehen oder beabsichtigt sein, wäre dies mit den Grundsätzen der Dienstleistungsfreiheit nicht konform und würde damit einer der vier Grundfreiheiten des EWR-Vertrages widersprechen.

7. Behörden

Der vorgelegte Entwurf paßt für die Einrichtung von behördlichen Organen, die zur Abwicklung von verwaltungsrechtlichen Verfahren und zur Ausfertigung von Verwaltungsakten berufen sind. Der Entwurf ist jedoch nicht für die Führung und Organisation von Prüfstellen geeignet. Inwieweit die Verquickung zwischen Forschungseinrichtungen und behördlichen Aufgaben vereinbar ist, soll dahingestellt bleiben.

8. Konkurrenz zu gewerblichen Berufen

Aufgrund des § 223 GewO 1973 ist ein Technisches Büro auf jedem einschlägigen Fachgebiet ausübbar, das einer Studienrichtung einer inländischen Universität oder Hochschule künstlerischer Richtung oder einer einschlägigen inländischen berufsbildenden höheren Schule entspricht. Im Rahmen eines Technischen Büros ist der Gewerbetreibende zu folgenden Tätigkeiten berechtigt:

"Beratung, Verfassung von Plänen, Berechnungen und Studien, Durchführung von Untersuchungen, Überprüfungen und Messungen, Ausarbeitung von Projekten ..."
etc.

Der Entwurf könnte den Schluß zulassen, daß auf den aufgezählten Gebieten des § 2 und § 3 Abs.1 eine gewerbliche Tätigkeit

- 7 -

durch Technische Büros nicht mehr zulässig wäre. Einer derartigen Auslegungsvariante muß durch eine ausdrückliche Klarstellung vorgebeugt werden.

9. Wasserwirtschaftliche Bundesanstalt

Im vorgelegten Entwurf hält die Änderung des Bundesgesetzes über die wasserwirtschaftliche Bundesanstalt an den oben angeführten wettbewerbsfeindlichen und nicht marktwirtschaftlichen Grundsätzen fest und macht daher auch den Gewerbetreibenden, die ein Chemisches Labor gem. § 223 a GewO 1973 betreiben, Konkurrenz bzw. verhindern deren Entfaltung (siehe Pkt.3 über Prüfkosten).

10. Privatisierung

Jene Aufgaben, die auch von Privaten übernommen werden können, wozu sicherlich auch die gegenständliche Prüfungstätigkeit gehört, sollen sobald als möglich an Private übertragen werden, um die Belastungen für den öffentlichen Haushalt sukzessive zu verringern. Sollte dieser Schritt nicht sofort gangbar sein, müßte das vorliegende Gesetz zumindest zeitlich befristet werden, wie dies auch mit dem Bundesgesetz über die Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (Arsenalgesetz, BGBl. 1993/802) erfolgt ist, wonach dessen Laufzeit mit 31. Dezember 1996 endet. In diesem Zeitraum sollten die budgetmäßigen Belastungen durch die Prüftätigkeiten ausgewiesen werden und sodann ein Bericht an den Nationalrat über die Gebarung der Prüfinstitute vorgelegt werden müssen. Aufgrund dieser Entscheidungsgrundlage könnte über die Notwendigkeit der Privatisierung von Prüfungsinstituten mehr Klarheit geschaffen werden.

- 8 -

11. Akkreditierung

Für den Fall, daß die landwirtschaftlichen Bundesanstalten nicht nur im hoheitlichen Bereich tätig sein sollen, wären entsprechende Vorkehrungen dieser Anstalten zu treffen, damit auszustellende Zertifikate auch außerhalb Österreichs anerkannt werden.

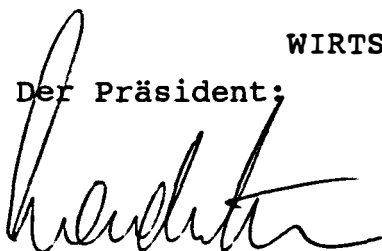
Gem. § 38 Abs.2 AkkG besteht die Zuständigkeit des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, sofern Einrichtungen des land-, forst- und wasserwirtschaftlichen Forschungs-, Versuchs-, Prüfungs- und Kontrollwesens betroffen sind.

Im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ist allerdings bisher keine entsprechende Akkreditierungsstelle eingerichtet worden. Dies hat zur Folge, daß landwirtschaftliche Bundesanstalten im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft keine Möglichkeit haben, sich akkreditieren zu lassen. Als Abhilfe dieses ungünstigen Zustandes wäre es sinnvoll, die Kompetenz zur Akkreditierung auch für die genannten Sektoren dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten zuzuwenden. Damit wäre gewährleistet, daß sämtliche Kompetenzen hinsichtlich der Akkreditierung von Prüf- und Überwachungsstellen beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten vereinigt werden.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden - dem Ersuchen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft entsprechend - dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

Der Präsident:



Der Generalsekretär-Stellvertreter:

